
Buchanzeigen

Norbert Blüm: Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht. Verlag Bruno aktuell, Stuttgart 1979, 208 Seiten, 19,80 DM

Norbert Blüm, seit 1968 Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), seit 1977 deren Vorsitzender, Mitglied des Bundestages für die CDU, meldet sich im Vorfeld der Grundsatzprogrammdiskussion zu Wort. Aus der Rolle Blüms kann man auch ohne Kenntnis des Buches auf einige Schwerpunkte seiner Argumentation schließen: Die Sozialausschüsse sind wie früher auch die christlichen Gewerkschaften, innerhalb der Arbeiterbewegung stets in einer Minderheitenposition. Sein Bemühen muß deshalb dahin gehen, Begründungen für die Notwendigkeit von Minderheitenpositionen zu finden, um diesen den erforderlichen Lebensraum in der Einheitsgewerkschaft zu sichern. (Seine Lage wird nicht dadurch einfacher, daß sich die Problematik der Sozialausschüsse in gleicher Weise im parteipolitischen Rahmen stellt, wo sie innerhalb der CDU keine Mehrheit bilden.) Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Darstellung des streitbaren Blüm als taktisch abgetan werden könnte. Er spricht zentrale gewerkschaftliche Probleme an — nicht nur grundsätzliche Perspektiven, als auch praktische Schwierigkeiten, wie z. B. im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsorganisation. Da spricht dann nicht nur ein praktischer Kopf, sondern auch ein gestandener Gewerkschafter. Lakonisch treffende Argumentation und bildhafte Sprache tragen per-

sönliche Handschrift, machen das Lesen bisweilen sogar zum Vergnügen, wenngleich manchmal übertrieben wird: „Das Erdbeben, welches die Käseglocke der geschlossenen Weltbilder zerbricht, vibriert in der modernen Kunst nicht erst seit heute“ (S. 66).

Das Buch stellt eine Mischung aus Handbuch und programmatischem Aufsatz dar. Was den Handbuchcharakter angeht, so sind fast alle wesentlichen Fragestellungen angesprochen: Geschichte der Gewerkschaften, Typologie der Gewerkschaften, Pluralismus, Rolle der Gewerkschaften in der pluralistischen Gesellschaft, Aktionsfelder und Einzelfragen (Tarifvertrag mit Streik und Aussperrung, Vollbeschäftigung, Humanisierung der Arbeit, Lohnpolitik und Vermögensbildung) sowie Probleme der Gewerkschaftsorganisation, allerdings vielfach nur in kursorischer Allgemeinheit.

Was den programmatischen Aspekt angeht, so steht das Problem des Pluralismus im Mittelpunkt, Pluralismus bezogen auf die Gesamtgesellschaft wie auf die Gewerkschaftsbewegung. Damit ist ein Zentralpunkt gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und gewerkschaftlicher Politik berührt, der nicht nur theoretisch bedeutsam, sondern auch je nach Einschätzung des „Pluralismus“ von großer praktischer Tragweite ist. Um dies am Beispiel der Blümschen Argumentation zu verdeutlichen: Freiheit bedeutet, daß keine Macht in ihrem Zuständigkeitsbereich den Bürger ganz erfaßt, so wie etwa der mittelalterliche Mensch in seinem Stand eingebunden gewesen sei von der Kleiderordnung über die Konsumgewohnheiten bis zur Arbeit und zum religiösen Verhalten (S. 60). Der moderne Mensch hingegen sei in eine pluralistische Struktur eingebettet, wobei dieser Pluralismus sicherstelle, daß der ein-

zelle von einer Machtposition immer nur in einer bestimmten Rolle oder Funktion beansprucht werden könnte. Insgesamt werde Herrschaft auf verschiedene, voneinander überwiegend unabhängige „Sektoren“ verteilt wie wirtschaftliche Macht, staatliche Herrschaft, öffentliche Meinung; Machtausübung sei weiter an bestimmte „Funktionen“ gebunden wie Militär, Kirche, Wirtschaft usw., wenn diese Effekte nicht durch Ämterhäufung unterlaufen würden. Damit sei der einzelne immer nur in bestimmten „Rollen“ und nicht in der Gesamtheit seiner Lebensäußerungen bestimmten Machtansprüchen unterworfen. Vorsichtshalber behauptet Blüm den Pluralismus nicht als Tatsache, sondern als Programm und Zielsetzung, als Bedingung für „Freiheit in sozialen Dimensionen“ (S. 58). Aber gleichzeitig behauptet er, daß sich die Gesellschaft pluralisiere, daß also die wünschenswerte Norm des Pluralismus im Sein angelegt sei. Wenn verschiedene Gruppen in der Gesellschaft ihre Interessen vertreten können oder wollen, dann müsse ein Schiedsrichter da sein: der Staat, wobei die Begriffe des Gemeinwohls und des Konsensus ins Spiel kommen. Die Gewerkschaften haben nach Blüm im pluralistischen Kräftespiel die Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen, aber nicht seine politischen Auffassungen oder seine Freizeitprobleme. Standardargument: „In der Zeit, in der sich Gewerkschafter über den § 218 gestritten haben, hätten sie besser ihre Kraft für die Durchsetzung der Mitbestimmung eingesetzt“ (S. 76). Das Postulat, die Gewerkschaften sollten sich auf die Probleme der Arbeit beschränken, und sie hätten gleichfalls die Macht, diese auch wirksam in der pluralistischen Machtstruktur durchzusetzen, folgen dann solche konkreten Feststellungen bzw. Empfehlungen, daß Streik und Aussperrung sich in etwa entsprechen („Denn was den einen recht ist, ist den anderen billig“, S. 97), die Sozialpartner sollten sich deshalb über die Rationalisierung des Arbeitskampfes selbst einigen (S. 105); oder, daß sich in der Beschäftigungspolitik ein „neuer Klassenkampf“ abzeichne, nämlich der der Arbeitbesitzer gegen die Arbeits-

losen (S. 126 ff.), so als ob Vollbeschäftigung durch Lohnpolitik plus Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit einigen flankierenden Maßnahmen durch die Tarifparteien erreicht werden könnte. Die Übertragung des Pluralismusprinzips auf die Gewerkschaftsorganisation selbst bedeutet für Blüm die Kontrolle der Bürokratie durch die Mitglieder, durch „innerverbandliche Organisationen der institutionalisierten Unruhe“ (S. 177), durch Meinungsgruppen in Großverbänden (S. 193), durch die Einreichung mehrerer Listen bei Betriebsratswahlen, durch Zulassung von Arbeitsgruppensprechern usw., wobei der Autor wohl nicht zuletzt an die Vertreter seiner eigenen Organisation denkt.

Die hier zusammengefaßte Argumentation ist nicht frei von Widersprüchen. Die Zentralfrage ist natürlich, inwieweit der behauptete Pluralismus schon Wirklichkeit ist, d. h. ob nicht das Sein hinter dem Sollen so weit zurückliegt, daß mit der möglicherweise fehlenden Grundlage auch die Folgerungen ihre Schlüssigkeit verlieren. Sind die Sektoren, Funktionen und Rollen so getrennt, wie Blüm behauptet, ist die Arbeitnehmerrolle nur eine unter anderen, oder bestimmt nicht das Arbeitsleben immer noch den gesellschaftlichen Rang, das Freizeitverhalten, das Bildungsbewußtsein usw.? Sind Streik und Aussperrung wirklich adäquat, können die Tarifparteien mit ihren Mitteln Vollbeschäftigung herbeiführen? Die Liste ließe sich verlängern, die Kontroversen dazu sind bekannt. Unbeschadet der Tatsache, daß sich der größte Teil der Einzelüberlegungen mit gewerkschaftlichen Programmen deckt, wäre hier doch eine differenziertere Realanalyse notwendig gewesen, bekommen einzelne Forderungen durch ihre Einbettung in eine spezifische Perspektive einen anderen Stellenwert. Einerseits sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben selbst bestimmen, andererseits wird ihnen die Beschäftigung mit dem Schwangerschaftsabbruch vorgeworfen; einerseits sollen die Aufgaben von Parteien und Gewerkschaften stärker getrennt werden, andererseits will aber die Christlich-

Demokratische Arbeitnehmerschaft stärker Fuß fassen; einerseits wird eine Neuorientierung der Tarifpolitik gefordert, andererseits auf positive Beispiele verwiesen . . . Die Gerechtigkeit muß allerdings eine beckmesserische Einzelkritik bei einem Buch vermeiden, daß durch die Knappheit des Umrisses notwendigerweise zu Verkürzungen gezwungen ist. So liegt die Bedeutung des Bandes auch weniger in Einzelanregungen, hier liegt der Teufel bekanntlich im Detail, als vielmehr in der Herausarbeitung zentraler Fragestellungen wie die Rolle der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft und der Wechselbeziehungen zwischen Politik und Organisation. Dies ist somit ein Beitrag zur Eröffnung, nicht aber zum Abschluß einer Diskussion. G. L.

Friedhelm Farthmann; Entscheidungsjahre. Econ Verlag, Düsseldorf, Wien 1980, 167S., 16,80 DM.

Ein Buch von Farthmann wird im gewerkschaftlichen Bereich auf besonderes Interesse stoßen. Er ist aus den Gewerkschaften hervorgegangen. Im Bundestag hat er sich besonders für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingesetzt. Durch seine Tätigkeit im Aufsichtsrat von Hoesch kennt er die Probleme der Ruhr, der Stahlarbeiter und des Stahls. Als Schlichter in schweren Arbeitskämpfen ist er bundesweit bekanntgeworden. In sein Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales fällt nicht nur Sozialpolitik im engeren Sinne, sondern auch Umwelt und Fragen der Kernenergie.

Dieser Werdegang läßt auf Eigenschaften schließen, die in Deutschland oft einem „guten Gewerkschafter“ zugerechnet werden: starkes soziales Engagement; Eintreten für unabhängige Gewerkschaften, die ihre Kraft gesellschaftspolitisch reformorientiert einsetzen; großes Gewicht auf Sozialstaat; Gerechtigkeit und materielle Sicherheit als Voraussetzung von Freiheit; pragmatischer und in Grenzen vorsichtiger Einsatz von Machtmitteln mit der Bereitschaft zum Kompromiß.

Vieles von solchen Elementen läßt sich denn auch in den konzeptionellen Perspektiven

wie in den konkreten Vorschlägen wiedererkennen. Im Untertitel heißt es „Leben zwischen Freiheit und Ordnung“, und als Motto ist dem Buch ein Wort von Shaw vorangestellt: „Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit. Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten.“

Damit weist sich Farthmann als ein fast altmodisch abwägender Politiker aus, der Freiheit, Verantwortung und Ordnung in untrennbarem Zusammenhang sieht, wobei sich die reale Verbindung dieser Prinzipien an Beispielen belegen läßt. Dies wird auch aus der Gliederung des Buches deutlich. Im ersten Teil „Kennzeichen freiheitlicher Politik“ werden an Fällen wie Geschwindigkeitsbegrenzung, Radikale im öffentlichen Dienst, Wehrdienstverweigerung, Bekämpfung des Terrorismus, Sexualstrafrecht, Schwangerschaftsabbruch, Mitbestimmung, Soziale Sicherung, Vermögensbildung, Kernenergiepolitik und Betriebspolitik die Konflikte zwischen Freiheit und Ordnung demonstriert.

Im zweiten Teil „Grenzen freiheitlicher Politik“ werden Bedingungen der Industriegesellschaft, Emanzipation im Produktionsprozeß, Emanzipation im Hochschulbereich, Bürgerinitiativen und Angst vor der Freiheit behandelt. Im dritten Teil „Wegweiser freiheitlicher Politik“ setzt Farthmann folgende Schwerpunkte: Zusammenarbeit und Selbstbestimmung, Mitverantwortung, Solidarität (mit den Beispielen Familienpolitik, Schutz des werdenden Lebens, Randgruppen der Gesellschaft, öffentlicher Dienst, Tarifpolitik, Grenzen der Belastbarkeit, Leistungsprinzip), künftige Bedrohungen der Freiheit (mit den Punkten Elektronische Datenverarbeitung, Medientechnik, Zerstörung der Umwelt, Bürokratisierung) und politische Handlungsperspektiven.

Mit den Gewerkschaften setzt Farthmann sich intensiver auseinander als fast jeder andere sozialdemokratische Politiker, der Bücher veröffentlicht. Da die Stabilität von Ordnungen und institutionellen Strukturen für ihn hohen Rang haben, plädiert er für eine echte Mitbestimmung, wie sie für den

Montanbereich gilt, wobei er allerdings die Bereitschaft zum Kompromiß hervorhebt. In der Tarifpolitik begrüßt er die stärkere Einbeziehung gesellschaftspolitischer Ziele in Richtung auf Humanisierung der Arbeit und Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitpolitik. Zugleich sieht er die möglichen Fortschrittsraten durch relativ geringes Wachstum als begrenzt an, Verbesserungen müßten deshalb vor allem auf Problemgruppen wie Nacht- und Schichtarbeiter oder Ältere bezogen sein. Damit seien jedoch neue Anforderungen an Solidarität gegeben, und Farthmann sieht hier mögliche „Zerreißproben“ für zukünftige Gewerkschaftspolitik.

An der Rolle des Staates läßt Farthmann nicht rütteln. Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst bewertet er eher skeptisch. Streikrecht oder andere Formen des Protestes lehnt er für Beamte im traditionellen Sinne ab. Bürgerinitiativen sieht er kritisch, doch ohne Ressentiment, Bürgernähe ist ein wichtiger Punkt für ihn, aber auch hier gilt für die Bürokratisierung, daß mehr Rechtsstaatlichkeit ihren Preis habe. „Manchmal kann der Staat durchaus mehr Freiheit für den einzelnen bedeuten“ (S. 148).

Trotz seiner bisweilen äußerlich etwas rauhebeinigen Art (die aber nicht an diesem Buch erkennbar wird), präsentiert sich Farthmann alles in allem als vorsichtig wägender Politiker, offen in noch vielen Fragen, originell und

praktisch bei manchen Einzelvorschlägen, aber fast altmodisch hausväterlich auf Ordnung bedacht.

Zu Intellektuellen und Ideologien hält Farthmann auf Distanz. Sein Blick ist auf das Konkrete und Machbare gerichtet. Obwohl er an einzelnen Beispielen immer wieder das Wesentliche freiheitlicher Politik herauszustellen versucht, könnte man über die leitenden Kategorien Freiheit und Ordnung durchaus diskutieren. Die Gleichsetzung wirkt etwas mißverständlich, weil er selber bemerkt, daß es auf diese Art von Ordnung ankommt, die man anstrebt (S. 50). Andererseits hebt er Freiheit als Freiheit des Individuums gegenüber bloßer Marktfreiheit hervor, weist auf die Notwendigkeit konkreter Freiheit hin, die sich in materieller Sicherheit erweist, stellt als Pendant das Solidarprinzip heraus, unterstreicht die Emanzipation im Produktionsprozeß, ohne daß indes die durchgängige Linie dieser Argumentation mit dem Nachdruck herausgearbeitet ist, der an verschiedenen Stellen anklingt. Übrigens erstaunlich, daß über das Problem Wachstum und Beschäftigung nichts gesagt ist; es wird nur mehrfach am Rande erwähnt.

Durch das vorsichtige Formulieren hat man weniger den Eindruck, daß es insgesamt um Sein oder Nichtsein geht, die „Entscheidungsjahre“ vermitteln eher den Eindruck, daß es eine Summe schwieriger Probleme gibt, die aber jeweils lösbar sind. G. L.